Bezugsgebühr: Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf.; durch die Post 3 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zustellung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, das nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in einer Theilausgabe Abends und in einer Hauptausgabe Morgens zugestellt.

Nachdruck aller Artikel u. Original-Mittheilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis Nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 50 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bis 2spaltige Grundzeile 30, 40 bis 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Bernhard Rüdiger
Wilsdruffer Str. 3
Weihnachts-Neuheiten
Familien-Rahmen
Photographie-Albums
Feine Portefeuilles-Waren

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Ribl & Sohn, Königl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle A. I. 6081.

Lodenjoppen ✕ Lederjoppen ✕ Lodenmäntel ✕ Jagd- und Reise-Anzüge
sowie **Jagd- und Reise-Artikel, praktische Weihnachtsgeschenke,** empfiehlt **Jos. Fiechtl** aus **Tirol, Schlossstr. 23,** part. u. I. Etage.

Nr. 338. Spiegel: Geschäftsordnung und Obstruktion. Orientirungssäulen. Fest in Roth. Eisenbahnunfall. Landw. Ausstellung. Triumph der Empfindsamkeit. Börsenwochenbr., Weihnachtsschau. | Muthmaßliche Witterung: **Etwas gelinder, Schnee.** | **Sonntag, 7. Dezember 1902.**

Zur Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages.

Als Fürst Bismarck in der Reichstagssitzung vom 4. März 1879 den von den verbündeten Regierungen eingebrachten Gesetzentwurf zur Verschärfung der Strafgewalt des Reichstages begründete, hegte er kaum noch die Hoffnung, daß die deutsche Volksvertretung dem von ihm gegebenen starken Impulse Rechnung tragen würde, eine Aenderung der Geschäftsordnung zum Schutz der Würde des Reichstages und zur Abwehr der revolutionären Propaganda im Parlamente vorzunehmen. Darum begann er seine Begründung mit den Worten der Resignation: „Es wird die Zeit vielleicht kommen, wo Sie diese Vorlage in einem milderen Lichte betrachten . . . Die Zeit, glaube ich, wird zu Gunsten der Freunde dieser Vorlage laufen."

Es hat sehr viel Zeit verlaufen müssen, bis sich diese fast prophetische Erwartung zu erfüllen anfängt. Daß sie sich früher oder später einmal erfüllen mußte, ist eine Art Naturnothwendigkeit, die Fürst Bismarck erkannt hat, weil er sich niemals über das Wesen der Sozialdemokratie und die Entwickelung, die sie nehmen muß, täuschte. Mit jenem unseligen Irrthum, der nur allzu lange die maßgebenden Stellen in Berlin und die Ordnungsparteien gesichtet und der nicht zuletzt zum vorzeitigen Rücktritte des ersten Kanzlers beigetragen hat, jenem Irrthum, daß sich die Sozialdemokratie belehren, versöhnen lasse und sich allmählich zu einer friedlichen Reformpartei mausern werde, muß auch der Glaube fallen, daß die Geschäftsordnung des Reichstages, weil sie drei Jahrzehnte hindurch genügt hat, auch für die Zukunft ausreichen werde. Je stärker die Sozialdemokratie wird und auf je weitere Gebiete sich ihr Terrorismus erstreckt, um so größer werden ihre parlamentarischen Machtansprüche und Herrschaftsgelüste und um so mehr enthüllt sich auch im Reichstage ihr umstürzlerischer Charakter. Der gesunde Fortschritt, den die Erkenntniß vom wahren Wesen des Singer-Bebel'schen Sozialismus seit dem Fortfall des Bismarck'schen Sozialistengesetzes bis zur jüngsten Gegenwart durchgemacht hat, hoffentlich nicht blos an höchster Stelle, sondern auch in breiten Volksschichten, hat soeben in der Breslauer Kaiserrede prägnanten Ausdruck gefunden. Vor zwölf Jahren meinte Kaiser Wilhelm II. in seinem jugendlichen Optimismus, der zwar von dem Edelmuth seines Herzens, aber nicht von realpolitischer Erfahrung Zeugniß gab, daß die Gefahren der sozialdemokratischen Bewegung nur durch die energische Fortführung der sozialpolitischen Reformgesetzgebung überwunden werden können, und es ist noch gar nicht so lange her, daß amtliche Vertreter der Berliner Regierung die Sozialdemokratie als die berechtigte Vertreterin des Arbeiterstandes anerkannt haben. In der Hauptstadt Schlesiens aber hat der Kaiser die sozialdemokratischen Führer gebrandmarkt als Hetzer, die nicht berufen sind, die Arbeiter zu vertreten, die diese vielmehr zu Machtzwecken „auf das Rücksichtsloseste" ausbeuten, terrorisiren und knechten. Dieser kaiserlichen Einsicht scheint sich auch die Reichstagsmehrheit nicht mehr zu verschließen, und die Epigonen jener Volksvertreter, die im Jahre 1879 fast einmüthig die Vorschläge Bismarck's zur Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstags zurückwiesen, bemühen sich jetzt, wenn auch freilich nur stoß- und ruckweise, zu dem Standpunkte zurückzugelangen, den vor einem Menschenalter der damalige Leiter der Reichspolitik in seiner genialen Voraussicht vertreten hat. Hätte der Reichstag vor dreiundzwanzig Jahren der Bismarck'schen Initiative Folge gegeben, so würden den Abgeordneten der staatserhaltenden Parteien von vornherein zum guten Theile die Mittel zur Verfügung gestanden haben, um die sozialdemokratischen Obstruktionsversuche im Keime zu ersticken. Dann hätten so wüste Scenen, wie sie sich jetzt im Reichstage abgespielt haben, kaum vorkommen können. Scenen, die befürchten ließen, daß die gröblichsten Schimpfworte zur That werden, Scenen, in denen die Verspottung aller parlamentarischen Formen wahre Orgien feierte. Wie Furien haben zeitweise die Sozialdemokraten getobt: mißachtet wurden die Autorität des Präsidenten und jegliche Ordnung und überschritten die Schranken der Sitte und des Anstandes!

Der jetzt vorliegende Antrag der Mehrheitsparteien zur Abänderung der Geschäftsordnung, über den in der nächsten Reichstagssitzung, am Dienstag, verhandelt werden soll, ist nur eine halbe Maßregel. Statt nunmehr, nachdem die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten durch ihr Gebahren doch jeglichen Anspruch auf Nachsicht verwirkt haben, mit einem kräftigen Schlage jede Möglichkeit der Fortsetzung der revolutionären Obstruktionspolitik abzuschneiden, begnügt man sich damit, dieser wieder nur ein Stück des Gebietes, nicht aber das ganze Gebiet, auf dem sich die Obstruktionstaktik ausüben läßt, fortzunehmen, so daß die Singer und Genossen keineswegs außer Stand gesetzt sind, ihr Verschleppungsverfahren fortzuführen. Noch immer fehlt der Mehrheit der rücksichtslose Muth der vollen Konsequenz. Der neue Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung wird es zwar unmöglich machen, Geschäftsordnungsdebatten durch Dauerreden in's Endlose zu verlängern, aber nach wie vor bleiben das Präsidium des Reichstags und dieser selbst vollständig wehrlos solchen Mitgliedern gegenüber, die darauf ausgehen, durch Verübung brutalen Skandales und durch offene Verhöhnung der Präsidialgewalt die Obstruktionsabsichten zu bethätigen. Einer Obstruktionspolitik gegenüber, die durch ausgesprochene Widerspenstigkeit und Gewaltthätigkeit ausgeübt wird, stehen bis auf Weiteres der Reichstagspräsident und die Mehrheit völlig ohnmächtig gegenüber.

Schon der Fall Singer hat dies gezeigt. Er hat bewiesen, daß die vor sieben Jahren in die Geschäftsordnung aufgenommene Bestimmung über die Ausschließung eines Mitgliedes aus der Reichstagssitzung wirkungslos und deshalb werthlos ist. Zum ersten Male hat am Donnerstag der Vicepräsident Graf Stolberg von ihr Gebrauch gemacht, aber sogleich hat sie versagt. Singer wurde aus der Sitzung verwiesen; er ignorirte den Ausschluß, indem er nach Wiederaufnahme der Sitzung, die seiner Unbotmäßigkeit wegen aufgehoben worden war, seinen Sitz im Hause wieder einnahm. Dem Präsidium fehlte jedes Mittel, seiner Anordnung Geltung zu verschaffen; es mußte machtlos die Verspottung seiner Disciplinarmaßregel und die Nichtachtung der Geschäftsordnung über sich ergehen lassen. Allem Anschein nach soll es zunächst dabei sein Bewenden haben. Und doch enthalten die Bestimmungen über die Ausschließung eines Reichstagsabgeordneten in der gegenwärtigen Situation geradezu einen verführerischen Reiz, von der gewissenlosen Opposition mißbraucht zu werden. Der Fall Singer braucht von den „Genossen" nur verallgemeinert und methodisch ausgebeutet zu werden. Wenn ein Abgeordneter durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen wird, aber der Aufforderung zum Verlassen des Sitzungssaales keine Folge leistet, so hat der Präsident nach der Geschäftsordnung die Sitzung aufzuheben. Würden sich nun durch „gröbliche Verletzung der Ordnung" in jeder Sitzung sämmtliche Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der Reihe nach aus dem Saale verweisen lassen, ohne der Aufforderung nachzukommen, so müßte die Sitzung so oft unterbrochen werden, daß eine solche überhaupt nicht mehr zu Stande käme. Als vor sieben Jahren über die Bestimmung, die von der Ausschließung eines Abgeordneten handelt, debattirt wurde, ist bereits die Frage aufgeworfen worden, was denn geschehen solle, wenn sich das ausgeschlossene Mitglied renitent zeigt. Es ist damals einerseits darauf hingewiesen worden, daß anderwärts die Präsidenten die Macht besitzen, ihre disciplinarischen Anordnungen eventuell mit Gewalt durchzusetzen, andererseits hat man aufmerksam gemacht, daß es ein Mitglied, wenn Zwang gegen ihn im äußersten Falle nicht geübt werden könne, bei böswilliger Neigung vollkommen in der Hand habe, das Parlament gewissermaßen zu sprengen, seine Verhandlungen unmöglich zu machen. Im Jahre 1895 ist der Reichstag auf halbem Wege stehen geblieben, und auch heute, wo die Inkonsequenz der fraglichen Bestimmung sichtbar und in bedrohlicher Gestalt zu Tage tritt, scheint man sich trotz aller Entrüstung über das Benehmen des Oberhauptes der Sozialdemokratie, das zugleich Vorsitzender der Geschäftsordnungskommission ist, noch zu sträuben, Hand anzulegen, um die Wiederkehr des Falles Singer zu verhüten und den Anreiz, ihn zu wiederholen, den „Genossen" zu nehmen.

Die Geduld und die Langmuth der Reichstagsmehrheit sind also wohl noch immer nicht erschöpft, obgleich die Zeit drängt und die Haltung der Sozialdemokraten befürchten läßt, daß sie vor weiteren Obstruktionsmanövern, denen ja die noch vorhandenen Lücken und Blößen der Geschäftsordnung Raum läßt, wohl schwerlich zurückschrecken werden, um die Bebel'sche Parole „Kampf bis auf's Messer! — Kampf bis zur Vernichtung!" zu befolgen.

Neueste Drahtmeldungen vom 6. Dezember.

(Nachts eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Zum Antrage Gröber und Genossen auf Aenderung der Geschäftsordnung des Reichstages in § 44 sind weitergehende Zusatzanträge am Verhandlungstage zu erwarten. Der Abg. Liebermann von Sonnenberg plant eine Verschärfung bez. eine Erweiterung der Präsidialgewalt in § 60 in Betreff der Ausschließung und Ausweisung aus dem Saale. Für Dienstag Vormittag ist eine Sitzung der Geschäftsordnungskommission angesetzt. Bei der zuletzt anberaumten Sitzung am Donnerstag war allein der Vorsitzende Abg. Singer erschienen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In seinem Parlamentsbericht theilt der „Kuryer Poznanski" mit, daß während der größten Skandalscenen 4 polnische Abgeordnete, die abseits gestanden, das Lied „Noch ist Polen nicht verloren", gesungen hätten, daß aber die Klänge dieses Liedes in dem allgemeinen Tumult unbeachtet verhallt seien. — Der Obersteuermann Staack von der 2. Matrosen-Division erhielt das sächsische Allgemeine Ehrenzeichen. — Die Direktoren der internationalen olympischen Spiele wollen, daß diese im Jahre 1904 statt in Chicago in Berlin stattfinden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Für den durch die bevorstehende Versetzung des Prinzen von Ratibor und Corvey nach Athen freiwerdenden Gesandtenposten in Weimar ist der bisherige Generalkonsul für Egypten, Gesandter v. Müller, in Aussicht genommen. — Der zweite Vicepräsident des Reichstags, Büsing, ist aus der Geschäftsordnungskommission ausgeschieden, deren Vorsitzender Abg. Singer ist, der er auch trotz seines neulichen geschäftsordnungswidrigen Auftretens bleiben will.

Kiel. (Priv.-Tel.) Bei der Ausschachtung des Baugrundes für die neuen Torpedoboots-Anlagen in Wik, nahe an der Mündung des Nordostsee-Kanals fand ein Erdrutsch statt. Mehrere Arbeiter wurden verschüttet, zwei von ihnen, Rudolf und Wittmack, Familienväter, fanden den Tod.

Breslau. (Priv.-Tel.) Die Breslauer Freisinnigen beabsichtigen, den Führer der gestrigen Arbeiterdeputation beim Kaiser, Federschmied Carl Clamunt, entsprechend dem ausdrücklichen Vorschlage des Kaisers, nichtsozialistische Arbeitervertreter zu wählen, bei den nächsten Reichstags- und Landtagswahlen, als Kandidaten aufzustellen. Clamunt ist, der „Breslauer Zeitung" zufolge, seit Jahren ein rühriger Anhänger der freisinnigen Volkspartei in Breslau.

Peiskretscham, Ober-Schles. (Priv.-Tel.) Der im Duell mit dem Bürgermeister verwundete Arzt Dr. Wildner ist gestorben.

Gera. (Priv.-Tel.) Das fürstliche Ministerium hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die beantragte Besteuerung der Waarenhäuser im Fürstenthum endgiltig abzulehnen, unter Berufung auf die Zwecklosigkeit jeder Waarenhausbesteuerung.

Köln. (Priv.-Tel.) In Folge des anhaltend starken Frostes wurde die Rheinschiffahrt eingestellt. Die oberrheinischen Nebenflüsse, sowie die Ruhr, führen Treibeis mit sich.

Wien. Das Herrenhaus hat mehrere vom Abgeordnetenhause erledigte Vorlagen, darunter das Nothstandsgesetz, in allen Lesungen angenommen. Das Haus nahm sodann das vom Abgeordnetenhause wegen Abänderung des § 12 zurückverwiesene Gesetz, betr. den Terminhandel, nach längerer Erörterung in der ursprünglich vom Herrenhause angenommenen Fassung an, so daß eine Neuberathung des Gesetzentwurfs durch das Abgeordnetenhaus nothwendig ist. Ein Antrag Schöller auf Annahme der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung wurde abgelehnt, nachdem der Ackerbauminister Freiherr v. Giovanelli sich gegen diese Fassung ausgesprochen hatte.

Budapest. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident v. Szell beantwortet die Anfrage des Abg. Franz Kossuth über die Stellungnahme der Regierung zu der zu gewärtigenden Kündigung des Handelsvertrags von Seiten Deutschlands. Der Ministerpräsident sagte: Es ist sehr schwer, sich zu dieser Frage zu äußern, die an Erörterung die größte Umsicht und Behutsamkeit erfordert. Man kann von seinem Platze aus nicht definitiv Stellung nehmen, wenn man nicht einer vollendeten Thatsache gegenübersteht. Da Deutschland wichtige Entschlüsse vorbereite und der Termin naht, an welchem von dem Kündigungsrecht Gebrauch gemacht werden kann, ist es äußerst dringend, daß wir das wirthschaftliche Verhältniß zu Oesterreich klären, und ich bin bemüht, daß diese Angelegenheit möglichst bald dem Abgeordnetenhause unterbreitet werde. Ich werde dafür sorgen, daß wir nicht ohne Wehr und Waffen bleiben; ich werde darnach trachten, daß der autonome Zolltarif so schnell wie möglich zu Stande kommt, damit die internationalen Verhandlungen beginnen können. (Beifall rechts.) Ich erörtere jetzt nicht den deutschen Zolltarif, ich beschränke mich darauf, zur Beruhigung der Abgeordneten zu erklären, daß unser neuer Zolltarif derart entworfen ist, daß Ungarns Interessen nicht schutzlos bleiben werden, weder Deutschland noch anderen Staaten gegenüber. (Lebhafter Beifall rechts.)

Paris. (Priv.-Tel.) Der Senat genehmigte mit 229 gegen 3 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung von zwei provisorischen Zwölfteln.

Paris. (Priv.-Tel.) Die Kälte hält immer noch an; gestern sind nicht weniger als 8 Personen erfroren aufgefunden worden. Aus der Provinz wird starker Schneefall gemeldet.

Marseille. Auf den Quais ruht die Arbeit fast vollständig. 2000 Arbeiter feiern. Eingelaufen ist heute kein Dampfer, abgegangen am Mittag ein nach Algier bestimmter Dampfer mit einer Bemannung von Matrosen der Kriegsmarine; außer diesem wird heute kein Dampfer mehr auslaufen.

Madrid. (Priv.-Tel.) Silvela übernahm die Kabinetsbildung unter der Bedingung, daß die Cortes aufgelöst werden.

London. (Priv.-Tel.) Der König und die Königin werden im nächsten Jahre Irland besuchen.

London. (Priv.-Tel.) Der kürzlich aus Paris unter Mitnahme von 3 Millionen Francs geflüchtete Direktor der Versicherungsanstalt „Esperance", Malluchet, ist hier verhaftet und bereits dem Gerichte vorgeführt worden.

Konstantinopel. Wie versichert wird, wurden die Verhandlungen mit dem geflüchteten Schwager des Sultans Mahmud Pascha bezüglich dessen Rückkehr beendet. Mahmud Pascha hat telegraphisch gedankt und angezeigt, daß er demnächst mit seinen beiden Söhnen in Konstantinopel eintreffen werde. — Türkischerseits verlautet, daß, obwohl bei der jüngsten Regelung der Vorfragen bezüglich der Grenzregulirung des Hinterlandes von Yemen-Aden vereinbart wurde, den Ort Adamyr beiderseits nicht früher zu besetzen, als bis die Grenzregulirung durchgeführt sei, die Engländer dennoch Adamyr besetzt hätten. Die Pforte habe deshalb hier und in London Vorstellungen erhoben. — Die heute amtlich veröffentlichte Liste der neuernannten Reformkommission unter Vorsitz Ferid Pascha's enthält unbekannte Namen, es befindet sich kein Christ unter ihnen. — Zum Adlatus des Generalinspekteurs der europäischen Provinzen wird der Divisionsgeneral Nassir Pascha, Mitglied der obersten Militärdeputation des Yildiz-Palastes ernannt werden.

Konstantinopel. (Priv.-Tel.) Die Seeräuberei im Rothen Meer dauert fort. Jetzt ist ein Segelschiff unter englischer Flagge angegriffen und ein Mann der Besatzung getödtet worden. Der Botschafter reklamirte 200 000 Francs Entschädigung. In den Kreisen der Pforte argwöhnt man, die Sache sei lediglich arrangirt worden, um einen weiteren Vorwand für eine militärische Aktion in Yemen zu haben.

Berlin, 6. (Ihr Nachm.) Weizen 99,65. Roggen 108,00. Spanier 86,67½. Portugiesen 31,15. Türken 28,25. Portoricoe 121,25. Ottomanbank 687,—. Bagdadbahn 737,—. Lombarden —,—. Behauptet.

Paris, Produktenmarkt. Weizen per Dezbr. 20,95, per März-Juni 21,40, per Mai-August 21,75, matt. Rüböl per Dezbr. 54,25, per Mai-August 55,50, fest.

Amsterdam. Produkten-Bericht. Weizen per März —,—, per Mai —,—, geschäftslos. Roggen per März —,—, per Mai —,—, geschäftslos.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Johann Georg wohnte gestern Abend in der Aula der Königl. Technischen Hochschule dem Vortrage des Prof. v. Locella „Was der Marcusthurm gesehen" bei.

— Für die eigene Hofhaltung Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Mathilde ist der Rittmeister im Garde-Reiter-Regiment Graf Wilding von Königsbrück, der aus seiner militärischen Stellung ausscheidet, zum Königl. Kammerherrn ernannt worden.

Wenn Sie gut und billig essen und trinken wollen, so versäumen Sie nicht, den Hirsch am Rauchhaus, Ecke Marienstraße, zu besuchen. Neue Webergasse-Schefflerstraße.